



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 14.02.2011

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	1/2011
Datum	Dienstag, dem 1. Februar 2011
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:50 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Dietmar Beilner
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Frau Patricia Bürgstein
Herr Manfred Diekow
Herr Achim Dietenhöfer
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Rainer Gustke
Herr Johannes Haas
Herr Gunter Hartung
Herr Markus Held
Frau Stefanie Held
Herr Heinz Herold
Herr Gerd-Jürgen Jesse
Herr Reiner Keim
Frau Gisela Klein
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Achim Lehwald
Frau Dana Pastor
Herr Francesco Piscitello
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Horst Roepenack
Herr Johann Sattmann
Herr Tobias Schadeberg
Herr Hans Schönhals
Herr Michael Schreier
Herr Dr. Werner Skupin
Herr Thomas Stöppler
Herr Perry von Wittich
Herr Winfried Weiß
Frau Rosemarie Wenzel

Herr Harald Wenzel
Herr Helmut Wietoska

Magistrat

Herr Günter Maibach
Herr Uwe Ringel
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl
Herr Manfred Lüer
Herr Josef Pastor
Herr Gerhard Rehbein
Herr Volker Schadeberg
Herr Jürgen Schäfer

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

Verwaltung

Herr Dieter Opalla

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2010
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5		Fragen zu aktuellen Themen
6	DS 13/2011	Antrag der CDU-Fraktion: Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2011
7	DS 15/2011	Gemeinsamer Antrag der SPD- und der BBB-Fraktion: Planung für den Hallenbadneubau
8	DS 16/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Essen in den Kindergärten, Organisation und Abrechnung
9	DS 191/2009	Antrag der FDP-Fraktion: Umsetzung der Mindestverordnung für Kindertagesstätten
10	DS 12/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Wettbewerb zur Gestaltung des neuen Kreisverkehrs vor dem Viadukt
11	DS 89/2010	Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2009
12	DS 7/2011	Verkauf eines Grundstückes "Am Kuhweg", Gemarkung Oberisigheim

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 35 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Tagesordnung haben sich keine Einwendungen geben.

TOP 1		Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2010
-------	--	--

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 14.12.2010 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	--	---

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass die Stadtverordnete Reichelt ihr Mandat niedergelegt habe. Für sie ist Herr Johannes Otto Schönhals nachgerückt. Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt mit sämtlichen anderen Stadtverordneten den neuen Kollegen.

Um 20:07 Uhr betritt die Stadtverordnete Förster-Helm den Sitzungssaal, damit sind 36 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

Der Stadtverordnete Piscitello entschuldigt sich für sein Fehlen am 14.12.2010, aufgrund der Wetterverhältnisse sei es ihm nicht möglich gewesen zu erscheinen. Im Zusammenhang bittet er, die Planungen für einen neuen Aufzug im Rathaus nunmehr ernsthaft anzugehen. Weiter fragt er, was passiert wäre, wenn er auf einer glatten Treppe zu Fall gekommen wäre.

Um 20:09 Uhr betritt der Stadtverordnete Stöppler den Sitzungssaal, damit sind 37 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet, dass sämtliche ehrenamtlich im Dienste der Stadt Bruchköbel Tätigen hinsichtlich Wegeunfällen versichert seien.

TOP 3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--	--

Der Bürgermeister berichtet zu einem Verwaltungsstreitverfahren, dass zwei Stadtverordnete der BBB-Fraktion gegen den Magistrat der Stadt Bruchköbel angestrengt haben. Es gehe um die angeblich unrechtmäßige Verweigerung der Antwort auf eine Frage der Stadtverordneten Rabold, Beilner und Klein vom 01.12.2010. Er habe entgegen der ursprünglichen Ankündigung vom 14.12.2010 die Beantwortung am 22.12.2010 im Akteneinsichtsausschuss verweigert, da sich zwischenzeitlich, unter anderem aufgrund des Hinweises des Hessischen Datenschutzbeauftragten, ergeben habe, dass die Stadt zur Beantwortung nicht verpflichtet sei. Datenschutzrechtliche Aspekte stünden entgegen. Das Verwaltungsgericht Frankfurt habe in einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren der Stadtverordneten Rabold und Beilner den Magistrat verpflichtet, die Antwort zu geben. Der Bürgermeister zitiert aus Tenor und Begründung des Beschlusses. Die Stadt habe Beschwerde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel eingelegt, diese sei heute abschlägig beschieden worden. Die Verpflichtung des Magistrats zur Beantwortung der Anfrage sei klargestellt worden und zwar die Antwort zum dritten Teil der Frage in öffentlicher Sitzung, zu den Fragen eins und zwei in nichtöffentlicher Sitzung. Der Bürgermeister bekundet, dass er im Rahmen seiner Fürsorgepflicht nicht mehr zum Schutz der Daten der städtischen Angestellten habe tun können. Er bedauert dies, wird aber wie gerichtlich festgestellt verfahren. Er weist die Stadtverordneten im Zusammenhang eindringlich auf ihre Verschwiegenheitspflicht hin.

Der Bürgermeister bekundet zur Frage 3, dass die Sachlage geprüft worden sei; Für die Freistellung der Kita-Leiterinnen wurde kein weiteres Personal eingestellt.

Sodann bittet der Bürgermeister den Stadtverordnetenvorsteher gemäß den gerichtlichen Beschlüssen die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert zum Verfahren, dass die Stadtverordnetenversammlung formell die Nichtöffentlichkeit durch Beschluss herbeiführen muss.

Der Stadtverordnete v.Wittich kündigt für die SPD-Fraktion an, den Sitzungssaal während der Phase der Nichtöffentlichkeit verlassen zu wollen. Er geht zwar von der Rechtmäßigkeit der ge-

richtlichen Beschlüsse aus, meint aber, dass eine Preisgabe von persönlichen Daten von städtischen Angestellten zur Erlangung politischer Ziele nicht in Ordnung sei.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft das Publikum hinsichtlich Beifallsbekundungen zur Ordnung.

Der Stadtverordnete Jesse geht davon aus, dass die Frage schon zur Stunde hinreichend beantwortet sei. Er kündigt an, dass die FDP-Fraktion ebenfalls den Saal verlassen werde.

Der Stadtverordnete Rabold bekundet, dass der zentrale Punkt der Frage am 22.12.2010 von der BBB-Fraktion erläutert wurde. Er zitiert aus dem entsprechenden Protokollentwurf des Akteneinsichtsausschusses. Der Kern der Frage sei immer noch nicht beantwortet. Aber wenn schon 84 Widersprüche von Kita-Angestellten hinsichtlich der Weitergabe von persönlichen Daten bei Gericht vorgelegen haben, wo nur 74 Stellen im Stellenplan vorgesehen sind, ergebe sich eine offensichtliche Diskrepanz. Das Verwaltungsgericht habe jedenfalls ganz klar dem Datenschutz keinen Vorrang vor dem Informationsrecht der Stadtverordneten gegeben. Insbesondere dürfe sich durch das Zurückhalten von Detailwissen aus datenschutzrechtlichen Erwägungen keine Machtstellung des Magistrats ergeben.

Der Stadtverordnete Keim bekundet für die CDU-Fraktion, dass diese ebenfalls den Saal verlassen wird. Er verweist auf die hohe Verantwortung der wahrscheinlich einzig verbleibenden BBB-Fraktion hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Schweigepflicht. Er meint, dass die Kindertagesstätten nicht in den Wahlkampf gezogen werden sollten.

Der Stadtverordnete Wenzel kündigt für die Grüne-Fraktion an, ebenfalls unter Protest den Saal zu verlassen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit.
Abstimmung zum Ausschluss der Öffentlichkeit: einstimmig beschlossen.

Sodann bittet der Stadtverordnetenvorsteher die Gäste den Saal zu verlassen und sich ins Erdgeschoss zu begeben, da der Stadtverordnetensitzungssaal akustisch nicht ausreichend nach außen abgekoppelt sei. Die Zuschauer verlassen den Sitzungssaal, die Sitzung wird sodann nichtöffentlich fortgesetzt.

Die Stadtverordneten der Fraktionen von CDU -bis auf den Stadtverordnetenvorsteher-, SPD, FDP und Grüne verlassen um 20:37 Uhr den Sitzungssaal, damit sind 10 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

Weiter verlassen Stadträtin Cammerzell und die Stadträte Rehbein, Schadeberg, Lüer und Schäfer den Sitzungssaal.

Zur Frage eins und zwei trägt der Bürgermeister eine Liste derjenigen Beschäftigten, also Leiterinnen, Erzieherinnen, Integrationskräfte, Praktikantinnen, Sprachförderungserzieherinnen und Reinigungskräfte vor, die im Jahre 2010 in den städtischen Kitas beschäftigt waren oder sind. Es werden insgesamt 116 Kräfte mit deren jeweiligen Wochenstundenzahl namentlich benannt.

Der Stadtverordnete Rabold bekundet, es sei ihm nicht um Reinigungskräfte gegangen, das ergebe sich aus dem gesamten Verfahren. Er fragt, ob sich eine Diskrepanz zwischen den vertraglichen Arbeitszeiten und zum Beispiel regelmäßigen Überstunden ergebe. Er fragt auch, wie viel Leiterinnen und Erzieherinnen zahlenmäßig in den Kitas arbeiten.

Der Bürgermeister bekundet, dass er die Fragen im Rahmen der gerichtlichen Anordnung präzise beantwortet habe. Es liegen in dieser Liste nur Namen und Stundenansätze vor, eine Unterscheidung z.B. zwischen Reinigungskräften und Erzieherin ergebe sich aus der Liste nicht. Sollten Überstunden angefallen sein geht der Bürgermeister davon aus, dass diese anweisungsgemäß kurzfristig abgefeiert werden.

Der Stadtverordnete Haas bekundet, der Bürgermeister wisse ganz genau, dass die so beantworteten Fragen niemandem nütze.

Stadtrat Pastor verlässt um 20:49 Uhr den Sitzungssaal.

Der Stadtverordnete Rabold kritisiert die Art und Weise der Beantwortung, es dränge sich der Verdacht auf, dass etwas nicht in Ordnung sei. Er bittet um kurzfristige Protokollabschrift hinsichtlich der Namen und Wochenstunden. Ihm seien die Initialbuchstaben von Vor- und Nachnamen ausreichend und insofern auch datenschutzrechtlich hinreichend anonymisiert.

Der Bürgermeister spricht gegen den Stadtverordneten Rabold, die Beantwortung sei lückenlos und im Rahmen der Fragestellung präzise gewesen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Öffentlichkeit wieder her. Die Zuschauer und die vorhin erwähnten Magistratsmitglieder betreten den Sitzungssaal wieder.

Um 20:55 Uhr kehren sämtliche Stadtverordnete bis auf den Stadtverordneten Tobias Schadeberg in den Sitzungssaal zurück, so dass 36 Stadtverordnete in Sitzungssaal anwesend sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass keine Beschlüsse gefasst wurden.

Der Bürgermeister berichtet im Weiteren, dass zur Stunde bereits die Ampelanlage am Bauhof erneuert werde. Das Amt für Straßen- und Verkehrswesen erneuere darüber hinaus in Kürze die Ampelanlage an der Kreuzung beim Apfelwein-Walther mit einer intelligenten Ampelsteuerung. Sämtliche Beteiligten versprechen sich hiervon eine wesentliche Verbesserung des Verkehrs an diesem Knotenpunkt.

Der Erste Stadtrat berichtet zum Retentionsraum zwischen Niederissigheim und Oberissigheim. Die Renaturierung des Krebsbaches stehe dort unmittelbar vor dem Abschluss.

Der Stadtverordnete Jesse fragt, ob das bisherige Bachbett komplett verfüllt werde. Der Erste Stadtrat bekundet, das sei nicht der Fall. Das Bachbett werde sich nach Fertigstellung der Arbeiten schlängeln und mit Tot- und Seitenarmen versehen sein, so dass die Fließgeschwindigkeit des Gewässers deutlich verringert werde. Ein Verfüllen des früheren Bachbetts im Ganzen sei nicht geplant und auch nicht sinnvoll.

TOP 4	Berichte aus den Ausschüssen
-------	------------------------------

Der Stadtverordnete Keim berichtet zu den Verhandlungen und Ergebnissen des Akteneinsichtsausschusses „Kindergärten der Stadt Bruchköbel“ vom 22.12.2010. Der Ausschuss habe sich für erledigt erklärt und mit Mehrheitsbeschluss aufgelöst. Er bekundet, das weitere Verfahren werde heute im Präsidium noch näher besprochen.

Der Stadtverordnete v.Wittich berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.1.2011.

Der Stadtverordnete Wenzel berichtet, dass der Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr entgegen der Ankündigung nicht getagt habe. Dies habe sich aus aktuellen Termenschwierigkeiten des Planungsbüros zum Projekt Neubau des Feuerwehrstandortes Oberissigheim ergeben. Er bekundet, er habe auch hinsichtlich der Baulandrichtlinien keinen dringenden Beratungsbedarf gesehen.

Der Stadtverordnete v.Wittich bittet, angekündigte Terminen rechtzeitig abzusagen. Er geht im Übrigen davon aus, dass es hinsichtlich der Baulandrichtlinien einen dringenden Beratungsbedarf gebe.

Der Stadtverordnete Keim trägt die Fragen der CDU Fraktion vor:

1. Die CDU Fraktion möchte wissen, warum die Sitzung des Bauausschusses am 25.01.2011 ausgefallen ist?
2. Wann ist mit der Fortsetzung des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes bezüglich des Neubaus des Feuerwehrhauses in Oberissigheim zu rechnen?
3. Wann ist mit dem Baubeginn des neuen Feuerwehrhauses zu rechnen?

Zur Frage eins wurde unter TOP 4 bereits vorgetragen.

Im Übrigen bekundet der Erste Stadtrat, dass die erste Abwägung bereits vorliege und im nächsten Ausschuss beraten und beschlossen werden müsse, so dass Rechtskraft eintreten kann. Ein Baubeginn könne nach der Rechtskraft der zweiten Änderung zum Flächennutzungsplan und dem Vorliegen einer Baugenehmigung ins Auge gefasst werden. Auch müsse der Haushalt von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden und von der Kommunalaufsicht genehmigt werden. Baubeginn könne danach vermutlich im September/Oktober 2011 sein.

Die Stadtverordnete Empter trägt die Fragen der SPD-Fraktion vor:

Seit Beginn der Testphase zur Umstellung der Flugrouten zum Frankfurter Flughafen, hat der Fluglärm in Bruchköbel merklich zugenommen. Ist dem Magistrat im Detail bekannt, welche Verschiebungen (auch Nachtflüge) sich im Vergleich zu vorher als Mehrbelastung für Bruchköbel ergeben haben und wie wahrscheinlich für uns eine dauerhafte Mehrbelastung nach dem Ende der Testphase ist?

Der Erste Stadtrat bekundet, die Testphase habe am 18.01.2011 begonnen, jedoch liegen momentan noch keine konkreten Erkenntnisse über verstärkten Fluglärm nach Beginn dieser Testphase vor. Die Verwaltung werde das Verfahren beobachten und den Bezug zur Stadt Bruchköbel herstellen.

Der Stadtverordnete Rabold stellt die Fragen für die BBB-Fraktion:

- Neubau des Feuerwehrgerätehauses Oberissigheim

1. Wann und wie wird das Verfahren fortgesetzt?
2. Welche rechtlichen oder tatsächlichen Probleme stehen der zügigen Verfahrensführung entgegen?
3. Gibt es nach den Vorstellungen des Magistrates konkrete Alternativstandorte? Wenn ja, welche und wann werden Erkenntnisse über ihre Eignung vorliegen?
4. Wann ist mit dem Verfahrensabschluss zu rechnen?
5. Wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?

Die Frage hinsichtlich des Feuerwehrgerätehauses wurde zu einem Gutteil bereits oben beantwortet. Der Erste Stadtrat bekundet darüber hinaus, dass die verkehrliche Erschließung nach Meinung des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen nicht gesichert sei, ebenso müssten die Voraussetzungen für die Telekommunikationseinrichtungen durch die Verlegung neuer Leitungen verbessert werden und außerdem liegen die Einwendungen von 22 Bürgern aus Oberissigheim vor. Weiterhin ist die Lärmimmission auf die nachbarliche Bebauung zu prüfen. Alternative Standorte seien untersucht und schließlich gegenüber dem jetzt in Planung befindlichen Standort verworfen worden, so am Ortseingang von Oberissigheim von Niederissigheim kommend auf der rechten Seite, im Neubaugebiet am Kuhweg, auf dem städtischen Grundstück Friedhofsweg 1, In den Bornwiesen und schließlich am Altstandort.

- Stadionsnutzungen durch die Spielvereinigung 1922 Roßdorf e.V.

Ist es kurzfristig möglich, der Spielvereinigung Roßdorf zweier wöchentliche Trainingseinheiten im Rudolf-Harbig-Stadion in der Zeit zwischen 17:00 Uhr und 21:00 Uhr zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, warum nicht? Es wird dann auch gebeten, den aktuellen Belegungsplan vorzulegen.

Zur Stadionnutzung in Roßdorf bzw. im Rudolf-Harbig-Stadion berichtet der Bürgermeister, dass die Bedarfe im engen Kontakt mit der Spielvereinigung Roßdorf geregelt wurden. Durch die aufgestellte Containeranlage ergeben sich auch in Rossdorf zumindest vorübergehend ausreichende Kapazitäten. Der Platz muss bei entsprechender Witterungslage -wie alle Plätze in der Stadt- gesperrt werden. In Roßdorf befinde sich der Platz in der vergleichsweise besten Verfassung aller städtischen Plätze. Für die Kinder- und Jugendmannschaften stehe zudem der Bolzplatz zur Verfügung. Im Rudolf-Harbig-Stadion kann derzeit keine Trainingszeit zur Verfügung gestellt werden, das gilt insbesondere auch für den Rasenplatz, er trägt Details zum Belegungsplan vor.

- Umsetzung von Stadtverordnetenbeschlüssen

1. In welchem gesellschaftsrechtlichen Status befindet sich die GmbH jetzt? Wer war von wann bis wann Geschäftsführer?
2. In welchem organisatorischen Status befindet sich die GmbH jetzt? Über welche Betriebsmittel, Räume, Personal verfügt sie?
3. Was hat die GmbH bislang zur Verwirklichung ihres Gesellschaftszwecks unternommen und was ist für 2011 geplant?
4. Welche Straße oder welcher Platz wurde als Platz der Deutschen Einheit benannt?

Der Bürgermeister berichtet, dass die Gesellschaft zunächst als GmbH i.G. und nach der Eintragung als GmbH besteht. Geschäftsführer sei er selbst. Die Betriebsmittel sind die üblichen büromäßigen Ausstattungen, die Räume befinden sich im Inneren Ring 1b, 2. OG. Ab dem 17.01.2011 sei eine weitere Kraft hinzugekommen, die auch von der Stadt an die GmbH überlassen werde. Inhaltlich bezieht er sich auf vielfältigen Aktivitäten des Stadtmarketing, u.a. wurden die Feste vom HGV übernommen und auch die sog. Stadtgespräche. Am 24.02.2011 werde im Stadtverordnetensaal eine Präsentationsveranstaltung zu den aktuellen Plänen stattfinden.

Hinsichtlich eines Platzes oder einer Straße der Deutschen Einheit bekundet er, dass zwischenzeitlich keine Benennung von Straße anstand. Sobald dies der Fall ist, werde dies im Geschäftsgang beraten.

TOP 6	DS 13/2011	Antrag der CDU-Fraktion: Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2011
-------	------------	--

Der Stadtverordnete Keim trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird beauftragt, alle Abteilungen der Verwaltung, inklusive der Eigenbetriebe zu beauftragen, innerhalb des jeweiligen Verantwortungsbereiches, Konsolidierungsvorschläge für das Haushaltsjahr 2011 bis zum 16.02.2011, dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen. Fehlanzeige ist erforderlich.“

Die Stadtverordnete Empter bekundet, der Magistrat habe bereits vor einem Jahr von der Kommunalaufsicht den Auftrag bekommen, das Konsolidierungsprogramm fortzuschreiben, so dass ein solcher Antrag nicht notwendig sei. Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne der Stadtverordneten Empter, ebenso der Stadtverordnete Jesse. Der Stadtverordnete Wenzel spricht im Sinne der Stadtverordneten Keim, weist aber auf die Verantwortung der Stadtverordnetenversammlung für unpopuläre Maßnahmen hin. Diese Verantwortung könne und dürfe nicht auf die Verwaltung abgewälzt werden.

Der Bürgermeister bekundet, die Stadt habe ein Einnahmeproblem und immer weitere Ausgaben werden z.B. vom Land auf die Kommunen abgewälzt, beispielsweise die U3-Betreuung. Eigene Projekte, beispielsweise die Entwicklung des Lohfeldes, hätten jahrelang herumgedümpelt und auf den Folgekosten für die U3-Betreuung bleibe die Stadt sitzen. Im Übrigen brechen die Einnahmen weg. Er berichtet im Zusammenhang von der Haushaltsklausur des Magistrates, hier hätten sich mit unterschiedlichen Mehrheiten Ansätze für das Konsolidierungsprogramm gefunden.

Abstimmung: bei 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 7	DS 15/2011	Gemeinsamer Antrag der SPD- und der BBB-Fraktion: Planung für den Hallenbadneubau
-------	------------	---

Der Stadtverordnete v.Wittich spricht im Sinne des gemeinsamen Antrages von BBB und SPD. Der Stadtverordnete Rechholz ergänzt in diesem Sinne. Sie gehen im Wesentlichen davon aus, dass die Stadt Bruchköbel auf Dauer ein funktionierendes Hallenbad benötige. Das alte Hallenbad könne auf Dauer nicht mehr ohne massive Finanzaufwendungen in Betrieb gehalten werden, möglicherweise drohe bei größeren Schäden auch eine sofortige Schließung. Die Kommunalaufsicht habe signalisiert, dass ein neues Bad auch unter den schwierigen Haushaltsbegebenheiten finanzierbar sei. Der Stadtverordnete Wenzel bekundet, es gehe nicht um die Schließung des bestehenden Bades, dies soll erhalten bleiben. Andere Kommunen, die derzeit neue Bäder bauen, beklagen die damit verbundene finanzielle Last.

Der Stadtverordnete Demuth ruft Stadtrat Pastor zur Ordnung.

Der Stadtverordnete Wenzel kommt auf die Landesförderung zurück und bekundet, dass bei 13 Mio. € Gesamtförderung im Jahr 2010 durch das Land nur ein geringer Anteil für die je einzelnen Bäder übrig bleibe. Allein schon die Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für alle bisher angedachten Varianten eines neuen Bades kämen extrem teuer. Der Erste Stadtrat bekundet, es gehe derzeit nur um eine Grundplanung. Eine entsprechende Untersuchung koste rund 285.000 €. Er weist darauf hin, dass beim Neubau die Einnahmen drastisch erhöht werden müssten. Der Stadtverordnete Keim bekundet, die CDU werde dafür arbeiten, das bestehende Hallenbad zu erhalten. Es wäre darüber hinaus sehr unwahrscheinlich, wenn die notwendigen Preiserhöhungen dann noch mit den notwendigen höheren Besucherzahlen einhergehen würden. Der Stadtverordnete v.Wittich bekundet, die diskutierten Zahlen entsprechen nicht der Wahrheit. Alles andere, als jetzt einen Neubau zu starten, resultiere in einer endgültigen Schließung des Bades, wenn notwendige Reparaturen technisch und finanziell nicht mehr möglich sind. Der Stadtverordnete Rabold bekundet, aus der Diskussion der letzten Minuten dürfe jedenfalls festgehalten werden, dass das alte Bad nicht wirtschaftlich sanierungsfähig ist. Der aktuelle Bad-Zustand sei darüber hinaus so, dass ein schwerer Defekt jederzeit die Stilllegung des Bades erforderlich machen könnte. Falls dies kurz- oder mittelfristig einträte, habe die Stadtverordnetenversammlung dann keine Handlungsmöglichkeiten mehr. Alle genannten Aspekte gegen einen Badneubau seien Scheinargumente. Er bekundet, dass Gesamtkosten von unter 8.000.000 € anzustreben seien, darüber hinaus sei eine Förderung von 50 % denk- und machbar. Er geht von einer schnellen Umsetzung des jetzt zu beschließenden Antrages durch den Magistrat aus. Der Erste Stadtrat spricht gegen die Stadtverordneten v.Wittich und Rabold.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die Anwesenden zur Zuordnung.

Der Erste Stadtrat geht davon aus, dass sich Zuschüsse allenfalls in einem Bereich von etwa 500.000 € bewegen, das ergebe sich aus dem mathematischen Mittel der Vorjahreszuschüsse und Anzahl der Projekte. Der vorhin gebrachte Vergleich mit dem Bahnhof sei insofern unredlich, als dass es hier um deutlich geringere Kosten gehe und außerdem Zuschüsse bis zu 70 % denkbar seien. Der Stadtverordnete Wenzel kritisierte ebenfalls die Stadtverordneten v.Wittich und Rabold.

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt, zur weiteren Entscheidungsfindung der Stadtverordneterversammlung

1. das Planungsbüro mit der Erstellung der Planungen für den Neubau des Hallenbades Bruchköbel auf der Grundlage der Präsentation vom 2.11.2010 zu beauftragen;

2. eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit den Gesamtkosten, den Einzelkosten der Varianten (Module), einen Finanzierungsplan einschließlich Fördermittel sowie den zu erwartenden Laufendenkosten und Einnahmen vorzulegen.“

TOP 8	DS 16/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Essen in den Kindergärten, Organisation und Abrechnung
-------	------------	---

Der Stadtverordnete Rabold trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Ab sofort wird organisatorisch und kostenmäßig gewährleistet, dass Eltern ihre Kinder für die Mittagsverpflegung in den Kindergärten der Stadt Bruchköbel bis zum jeweiligen Tag 8:00 Uhr ohne Angabe von Gründen an- bzw. abmelden können.“

Der Bürgermeister entgegnet auf die Begründung, dass allenfalls 10 Anfragen in dieser Sache an den Magistrat gerichtet worden seien. Hintergrund der Neuregelung sei die Abschaffung der Barkassen gewesen und im Verlauf sei eine sehr rationelle Neuregelung gefunden worden, das vom Magistrat vorgelegte pauschalierte System könne dies leisten. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht gegen den Stadtverordneten Rabold. Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen den Bürgermeister, die Erläuterung des Bürgermeisters bedeute, dass bei den Kita-Leitungen augenscheinlich zu viel Arbeit angesiedelt sei. Insofern müsste die Verwaltung dort neu organisiert werden, wenn das Führen einer Essens-Liste nicht möglich sei. Die Stadtverordnete Lauterbach bekundet, dass eine maximale Servicequalität durch die Möglichkeit einer tagesaktuellen Zubuchung einzelner Mahlzeiten für 2,50 € gegeben sei.

Abstimmung: bei 9 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen abgelehnt

TOP 9	DS 191/2009	Antrag der FDP-Fraktion: Umsetzung der Mindestverordnung für Kindertagesstätten
-------	-------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet von den Verhandlungen des Haupt- und Finanzausschusses, in dem die FDP Fraktionen diesen Antrag zurückgezogen habe.

Der Stadtverordnete Jesse legt in diesem Zusammenhang Wert auf die Feststellung, dass die Inhalte im Haupt- und Finanzausschuss sehr ausführlich dargestellt wurden und die Verwaltung korrekt gearbeitet habe.

TOP 10	DS 12/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Wettbewerb zur Gestaltung des neuen Kreisverkehrs vor dem Viadukt
--------	------------	--

Der Stadtverordnete Jesse trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne. Die Stadtverordneten Empter spricht gegen den Stadtverordneten Jesse, eine schlichte Begründung des Kreisverkehrs könne angesichts der Finanzlage ausreichen.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft Stadtrat Schadeberg zur Ordnung.

Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Stadtverordneten Jesse und fragt insbesondere, wann mit dem Baubeginn gerechnet werden könne. Der Erste Stadtrat bekundet, dass eine verbindliche Aussage nicht möglich sei, die Planunterlagen liegen beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen.

Abstimmung: bei 27 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt für die Gestaltung des neuen Kreisverkehrs vor dem Viadukt an der Hauptstraße einen gestalterischen Wettbewerb unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Bruchköbels auszuschreiben.“

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet von den Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses für den Antrag und den Änderungsantrag der BBB Fraktion.

Abstimmung zum Änderungsantrag: bei 9 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zum Ursprungsantrag: bei 28 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

- 1.) Der Jahresabschluss 2009 der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel wird mit einem Überschuss von 61.897,24 Euro festgestellt und angenommen.
- 2.) Der Überschuss wird in voller Höhe den Rücklagen der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel zugeführt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2009, TOP 51, DS 314/2009 wird aufgehoben.
2. Dem Verkauf des im Baugebiet „Am Kuhweg“ im Stadtteil Oberissigheim liegenden erschlossenen Grundstückes

Flur 2, Flurstück 284, 467 qm

an

zum Preis von 280,-- €/qm, zuzüglich der Hausanschlusskosten, wird zugestimmt.

Der Kaufpreis ist unmittelbar nach dem Kaufvertragsabschluss zu entrichten. Erfolgt die Zahlung nicht fristgerecht, werden 5% Zinsen über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank erhoben.

Es wird vereinbart, dass die Käufer eine Vertragsstrafe in Höhe der Differenz zu dem Quadratmeterpreis, den die Käufer an die Verkäuferin und dem Verkaufspreis, der zum Zeitpunkt des Verkaufs auf dem freien Markt zu erzielen wäre, zahlen, wenn

- das Grundstück nicht innerhalb von zwei Jahren entsprechend den Bauvorschriften und Bauauflagen mit einem Wohnhaus bebaut wird oder wenn vor der Bebauung ein Verkauf an Dritte erfolgt,
- die Bewerber oder ihre Rechtsnachfolger das auf dem Grundstück errichtete Gebäude auf die Dauer von 10 Jahren nicht selbst bewohnen,
- die Bewerber oder ihre Rechtsnachfolger das Grundstück oder Teile davon innerhalb von 10 Jahren veräußern.

Die Eintragung eines entsprechenden Rückkaufrechts in Abt. II des Grundbuches wird von den Vertragsparteien bewilligt und beantragt. Die Kosten der Rückkaufung tragen die Käufer, ebenfalls eine dadurch gegebenenfalls zu zahlende Grunderwerbsteuer.

Die Differenz zu dem Quadratmeterpreis, der an die Verkäuferin gezahlt wurde und dem Kaufpreis, der auf dem freien Markt zu erzielen wäre, ist vom Gutachterausschuss des Main-Kinzig-Kreises zu ermitteln.

Die Stadt Bruchköbel behält sich ein Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle vor. Dieses Recht wird grundbuchlich gesichert.

Den Käufern wird empfohlen, hinsichtlich der Heizquelle für das zu errichtende Gebäude auf eine Beheizung mit Öl oder Kohle zu verzichten und eine andere, ökologisch umweltfreundlichere Energie in Anspruch zu nehmen.

Eine Teilung des Grundstückes darf nur mit Zustimmung der Verkäuferin vorgenommen werden, unabhängig von den Vorschriften des BauGB.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:50 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher

(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer